

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

210 (8.9.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Ercheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3. 52. Jahrgang

Samstag, den 8. September 1951

Nr. 210

Bischöfe mahnen zum Frieden

Fulda (UP). Am Sonntag wird von den Kanzeln der katholischen Kirchen Deutschlands ein Hirtenbrief von der Fuldaer Bischofskonferenz 1951 verlesen, in dem die Gläubigen ermahnt werden, für den Frieden zwischen den Völkern und unter den Religionsgemeinschaften einzutreten und für den eigenen inneren Frieden Sorge zu tragen. Die Bischöfe fordern zu einem Ausgleich der sozialen Spannungen „auf dem Boden der Gerechtigkeit“ auf und verlangen ein harmonisch-friedliches Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Eine der wesentlichsten Grundlagen für eine Erneuerung des Friedens sei „die sittliche Erneuerung des einzelnen Menschen und der Familie“. An den Staat wird die Aufforderung gerichtet, die Jugend vor der immer stärker werdenden Gefährdung durch die Schmutz- und Schundliteratur zu schützen und die Erleichterung von Ehescheidungen zu vermeiden, um so die Familie vor dem Verfall zu bewahren.

Verfassungsrichter wurden vereidigt

Heuss händigte Ernennungsurkunde aus
Bonn (UP). Bundespräsident Heuss vereidigte in Anwesenheit von Vizekanzler Blücher und Bundesjustizminister Dr. Dehler den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Staatsminister a. D. Dr. Höpker-Aschoff, den Vizepräsidenten Dr. Katz und die übrigen 22 Richter des Verfassungsorgans. Das Bundesverfassungsgericht tritt am Samstag zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen. Die Richter des Bundesverfassungsorgans leisteten vor dem Bundespräsidenten folgenden Eid: „Ich schwöre, daß ich als gerechter Richter alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“

In Bonn begrüßt man die schnelle Konstituierung des Gerichtes, weil dadurch eine Entscheidung über die Verfassungsklage des badischen Staatspräsidenten Wohleb gegen das Südweststaatsgesetz noch vor dem Abstimmungstermin am 16. September ermöglicht wird.

Heimkehrertreffen in Bonn

Eine Auskunftsstelle für Orden

Bonn (UP). Aus Anlaß des ersten deutschen Heimkehrertreffens, das vom 7. bis 9. September in Bonn stattfindet, wurde die Ausstellung „Kriegsgefangene reden“ in der Bonner Universität eröffnet. Am Samstag findet eine Delegiertenversammlung des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermissten-Angehörigen Deutschlands (VDH) statt. Für Sonntag früh ist ein Schweigegottesdienst zum Kriegsgefangenenmahnmal in der Gronau mit anschließender Kranzniederlegung geplant.

Staatssekretär Dr. Schreiber vom Bundesflüchtlingsministerium betonte in einer Ansprache vor den Heimkehrern, es sei die vorrangigste Aufgabe, alles zu tun, um die letzten Kriegsgefangenen nach Hause zu bringen. Zum gleichen Thema teilte der Bundesabgeordnete Herbert Wehner (SPD) mit, seine Fraktion erwäge, bei der Regierung wegen des schleppenden Fortschritts bei den Ermittlungen über die noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen zu interpellieren. Die Regierung müsse rechtzeitig umfangreiches Unterlagsmaterial vorlegen, um nicht die Chance internationaler Hilfe zu verspielen.

Die von ehemaligen Soldaten vorgebrachten Wünsche, ihre Tapferkeitsauszeichnungen wieder zu erwerben, seien zu verstehen, die Pflege der Gräber und der Gefallenen und eine ausreichende Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen müsse aber den Vorrang haben, so heißt es in einer Erklärung des Schutzbundes ehemaliger deutscher Soldaten, die in Bonn veröffentlicht wurde. Um aber die zahlreichen Anfragen erledigen zu können, hat der Schutzbund in Bonn eine „Verbindungsstelle für Ordensangelegenheiten“ geschaffen. Anfragen über Wiederbeschaffung und Austausch von Orden werden von dieser Stelle beantwortet. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß das Tragen von Orden nach alliierter Gesetz noch verboten ist.

Peking lehnt Ridgway-Vorschlag ab

Kommunistischer Angriff aufgefangen

Seoul (UP). Radio Peking deutete an, daß das kommunistische Oberkommando General Ridgways Vorschlag auf Verlegung des Ortes der Waffenstillstandsverhandlungen — und zwar auf ein neutrales Schiff — ablehnen werde. Dieser Vorschlag sei „nichts anderes als ein frecher Versuch, die Verantwortung für die Zwischenfälle in Kaesong den Nordkoreanern und Chinesen aufzubürden“. Die Kommunisten hätten zwei südkoreanische Soldaten gefangen genommen, die zugegeben hätten, an dem Überfall auf nordkoreanische Militärpolizei in der neutralen Zone teilgenommen zu haben.

An der Westfront wurden die Kommunisten, die 66 Kilometer nördlich von Seoul zwei Schlüsselstellungen auf einem Gebirgskamm erobert hatten, durch einen Gegenangriff zurückgeschlagen. Im Abschnitt von Chorwon, ungefähr 16 Kilometer nordöstlich von Yonchong, eroberte amerikanische Infanterie einen weiteren wichtigen Hügel.

Fette ist „zunächst zufrieden“

Kommentar zum Gespräch mit Adenauer - Industrielegation beim Bundeskanzler

Bonn (UP). Am zweiten Jahrestag seines Bestehens wählte der Bundesrat den niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf zu seinem Präsidenten für ein Jahr.

Kopfs Vorgänger, der bayerische Ministerpräsident Ehard, betonte bei der Übergabe seines Amtes die Wichtigkeit der Arbeit des Bundesrates. Auf die gesetzgeberische Arbeit der Ländervertreter eingehend, sagte der bayerische Ministerpräsident, sein Plenum habe 252 Gesetze und 247 Verordnungen in 82 öffentlichen Sitzungen endgültig beschlossen. Nach Meinung Ehard stellten diese Zahlen eine eindringliche Warnung dar, „daß wir an einer Gesetzgebungs-Hypertrophie leiden, die auf die Dauer der Regierung, aber auch den wessetzgebenden Organen schädlich ist“.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt Ministerpräsident Ehard (Bayern), Oberbürgermeister Reuter (Berlin), Bürgermeister Brauer (Hamburg) und Ministerpräsident Lübke (Schleswig-Holstein). Nach dem Grundgesetz werden Präsident und Vizepräsidenten jeweils für ein Jahr gewählt.

Hinrich Kopf, der heute im 60. Lebensjahr stehende neue Repräsentant eines der höchsten Ämter in der Bundesrepublik, gilt als einer der populärsten Politiker Westdeutschlands. Seine eindrucksvolle äußere Erscheinung mit dem großen, bärtigen Schmelz ist geradezu der Typus einer besonnenen, sachlichen und ausgeglichenen Persönlichkeit. Nicht zuletzt diese Eigenschaften dürften Kopf dazu prädestiniert haben, den Vermittlungsausschuss

zwischen Bundesrat und Bundestag, dessen Vorsitzender er ist, erfolgreich zu leiten.

Das hohe Amt, das Kopf am 7. September übernommen hat, gibt ihm — der verfassungsrechtlichen Stellung des Bundesrats entsprechend — zwar nicht die weittragenden Einflußmöglichkeiten auf den Bundesstaat, wie es im ersten deutschen Bundesrat, dem des Bismarckreichs, möglich gewesen ist, doch bleibt ihm die Möglichkeit, seine ausgleichenden Fähigkeiten in der internen Arbeit der Ländervertreter zu beweisen. In Bonn stellt man rückblickend fest, daß Kopf als einer der Vizepräsidenten des letzten Jahres die Geschäfte des Bundesrats in Abwesenheit des Präsidenten mit bemerkenswerter Ruhe und Übersicht zu führen verstanden hat. Eine politische Nuance der Neubesetzung des Bundesratspräsidiums ist überdies folgende Tatsache: mit Kopf wird zum ersten Male ein SPD-Politiker stellv. Bundespräsident.

Nochmals Schumanplan

Der Bundesrat erörterte noch einmal den von Lande Nordrhein-Westfalen eingebrachten Gesetzentwurf, der sich mit der Sicherstellung der westdeutschen Länderinteressen in den überstaatlichen Gremien des Schumanplanvertrages befaßt. Wie ein Vertreter Nordrhein-Westfalens ausführte, bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Gesetzentwurf, doch müsse er die Interessen aller Länder berücksichtigen, die durch die verschiedenen Maßnahmen des Montanvertrages berührt werden. Der Bundesrat beschloß, den Rechtsausschuß zu einer Stellungnahme aufzufordern.

Kopf wurde Präsident des Bundesrats

Und damit stellvertretender Bundespräsident

Bonn (UP). Als „zunächst zufriedenstellend“ bezeichnete der DGB-Vorsitzende Fette vor der Berliner Presse seine Besprechungen mit Bundeskanzler Dr. Adenauer über die Wirtschaftspolitik des Bundes im Anschluß an die Zusammenkunft auf dem Birgerstock in der Schweiz. Jede Zeit lasse große Forderungen reifen. Wer sich ihnen widersetzt, übernehme eine starke Verantwortung. Die Ansichten der Gewerkschaften über die wirtschaftliche Neuordnung, die in der Sozialisierung der Grundstoffindustrien bestehen müsse, stimmten im wesentlichen, „aber nicht ganz“ mit der Auffassung des Bundeskanzlers in diesen Fragen überein.

Während einer Ansprache Fettes in der Westberliner „Waldbühne“ kam es zu Schlägereien. Als Fette vor 8000 Gewerkschaftsmitgliedern die Einbeziehung Berlins als 12. Land in die Bundesrepublik, die Wiedereinbeziehung Deutschlands und die Befreiung der Arbeiter der Sowjetzone von der „Kolonialarbeit“ forderte, störten kommunistische Gruppen mit Zwischenrufen und Pfiffen. Acht Ruhestörer wurden in Schutzhaft genommen.

Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes vom 24. Juli, die Mitarbeit in den wirtschaftspolitischen Gremien einzustellen, wenn die Wirtschaftspolitik nicht geändert werde, ist nach Mitteilung von Fette weiterhin gültig. Der Bundeskanzler habe die Beschwerte des DGB als berechtigt anerkannt, wonach das Gesetz über die Mitbestimmung bei Kohle, Eisen und Stahl „nicht dem Geiste entsprechend“ erfüllt werde. Dr. Adenauer habe zugesagt, daß die Mängel abgestellt würden. Fette unterstrich, der DGB fordere die Mitbestimmung auch in den anderen Großindustrien. Er führte in diesem Zusammenhang die IG-Farben und die Kohle-Chemie-Industrie an.

Die endgültige Stellungnahme des DGB zum Schumanplan hänge von der Entscheidung über die deutsche Kohlenverkaufsorganisation ab. Der DGB sei „tief erschüttert“ über die Anweisung der Hochkommission zur Auflösung der DKV.

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, August Schmidt, nahm zu den angehenden Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und dem DGB über die Bildung eines Technischen Hilfswerks zur Behebung zweier Sabotagegeschäden im Falle eines Staatsnotstands Stellung. Schmidt erklärte, daß zwar das Bundesinnenministerium an den DGB und IG-Bergbau in dieser Frage herantreten sei, beide Organisationen aber die Teilnahme an einem solchen Technischen Hilfswerk ablehnten, das etwa der früheren „Technischen Nothilfe“ entsprechen sollte.

Wie der Bundesvorstand der Deutschen Industrie mitteilt, hat Dr. Adenauer eine Abordnung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie unter Führung des Präsidenten Berg empfunden. Der Kanzler habe sich bei dieser Gelegenheit eingehend über die Besprechungen der deutschen Industrie-Delegation während ihres Aufenthalts in den USA berichtet lassen.

75 000 Metallarbeiter im Streik

Fette und SPD billigen den Ausstand
Frankfurt (UP). Bis zum Freitag wuchs die Zahl der streikenden hessischen Metall-

arbeiter auf rund 75 000. Die Streikdisziplin ist, wie die Gewerkschaft betont, gut; die zur Arbeitsniederlegung aufgerufenen Arbeitnehmer sind der Aufforderung größtenteils gefolgt. Zu ernsthaften Zusammenstößen ist es nirgendwo gekommen. Der DGB erwägt gegenwärtig eine Ausdehnung des Ausstandes auf Mittelhessen. In den Opelwerken Rüsselsheim, wo 18 000 von insgesamt 20 000 Arbeitnehmern die Arbeit niedergelegt haben, wurde nach Mitteilung der Gewerkschaft und der Opel-Betriebsleitung eine Tränengasbombe gegen die Streikenden geworfen. Während die Betriebsleitung sich über den Ursprung der Bombe nicht unterrichtet zeigte, äußerte der DGB die Vermutung, daß dem Werkschutz der Opel-AG Tränengas zur Verfügung stehe.

In Frankfurt demonstrierten rund 2000 hessische Metallarbeiter. Der Bevollmächtigte der IG-Metall für den Ortsbereich Frankfurt, August Kriegshäuser, kündigte erneut die Entschlossenheit der Gewerkschaften an, den Lohnstreik bis zum erfolgreichen Ende zu führen. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle.

Sowohl der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes als auch der SPD-Vorstand billigten ausdrücklich den Ausstand.

Wie aus Wiesbaden verlautet, ist den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden von Hessen ein neuer Gesetzentwurf über die Möglichkeit der Zwangsschlichtung bei Arbeitsstreitigkeiten zugeleitet worden, der der hessischen Regierung die Möglichkeit geben soll, den Metallarbeiterstreik zu beenden.

Der Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie teilte mit, seine grundsätzliche Ablehnung einer Zwangsschlichtung durch die hessische Regierung habe die einstimmige Billigung sämtlicher Verbandsmitglieder gefunden. Einem freiwilligen Schlichtungsversuch werde der Verband nur bei sofortigem Abbruch des Streiks zustimmen.

Umwälungen in der tschechischen KP

Prag (UP). Auf einer Tagung des Zentralkomitees der tschechoslowakischen KP wurde eine umfassende Reorganisation der Parteiführung angeordnet. Die Änderungen im Parteiaufbau erweitern die Befugnisse des Staatspräsidenten Klement Gottwald erheblich und zielen offenbar darauf hin, die Macht in der Partei und damit im Staat in der Hand einiger weniger zuverlässiger Genossen zu vereinen. Das Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei wurde abgeschafft, die Funktionen des Generalsekretärs übernahm der Parteivorsitzende und Staatspräsident Gottwald. Der bisherige Generalsekretär wird nach einer Meldung der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur Ceteke einen anderen wichtigen Staatsposten übernehmen. An die Stelle der bisherigen stellvertretenden Generalsekretäre treten nunmehr sechs Sekretäre. „Zur Besetzung freierwerdender Stellen“ wurden Karel Basilek und Dr. Cepicka ins Zentralkomitee gewählt. Gottwald, Slansky, Basilek und Dr. Cepicka gehören dem Zentralkomitee und dem politischen Sekretariat an. Auch die Wirtschaftsverwaltung der CSR soll „reorientiert“ werden.

Blick in die Welt

Kommentare zum Tagesgeschehen

Die Aufstellung der nordatlantischen Streitkräfte unter General Eisenhower liegt nach Angaben britischer Militärs mindestens vier Monate hinter den ursprünglich festgesetzten Daten zurück. Bis Ende dieses Jahres sollten mindestens 24 Divisionen stehen. Bis jetzt konnte Eisenhower jedoch nur 12 Divisionen mobilisieren, denen fast 200 sowjetische und weitere 75 aus den Ländern der sowjetischen Einflußsphäre gegenüberstehen. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß die geplanten 24 Divisionen Eisenhowers vor Ende nächsten Frühjahrs, wenn nicht sogar erst im Sommer kommenden Jahres einsatzbereit sind.

Zur Zeit besteht der Kampfverband Eisenhowers aus 1. etwas mehr als drei französischen Divisionen, 2. etwa vier amerikanischen Divisionen, 3. annähernd vier britischen Divisionen und 4. einunddreißig Divisionen, die sich aus belgischen, norwegischen und dänischen Einheiten zusammensetzen. Zwei weitere Divisionen werden aus den USA erwartet. Großbritannien will Ende dieses Jahres eine zusätzliche Division nach Deutschland abstellen.

Frankreich hatte ursprünglich für den Herbst dieses Jahres zwei weitere Divisionen zugesagt. Es besteht jedoch wenig Hoffnung auf Erfüllung dieser Zusage. Italien besitzt gegenwärtig nur den Stamm von sieben Divisionen. Lediglich die zwei alpinen Divisionen können als annehmbare Streitkräfte angesprochen werden. Holland und Belgien haben für dieses Jahr je zwei Divisionen aufgelegt bekommen, die aber ebenfalls noch nicht aufgestellt sind. Tatsache bleibt also, daß General Eisenhower gegenwärtig nur 12 Divisionen mit etwa 240 000 Mann zur Verfügung hat. Dies ist weniger als die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen 500 000 Mann.

Nach einer Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Francisco durch die japanische Regierung hat Tokio weitgehend freie Hand für eigene diplomatische und politische Aktionen. Schon jetzt aber, so wird von gut unterrichteter diplomatischer Seite in Hongkong versichert, seien stichhaltige Informationen vorhanden über eine vertrauliche Fühlungnahme Tokios mit Rot-China, wobei die Fäden über Mittelamerika in Hongkong laufen. Ferner habe die japanische Diplomatie auch über Neu Delhi vertrauliche Fäden zu Mao Tse Tung gesponnen, um mit Rot-China einen Sonder-Friedensvertrag zu erreichen, der eventuell auch Indien einschließen soll.

Die Zurückhaltung Indiens gegenüber der Konferenz und dem Vertrag von San Francisco ist nach Ansicht gut informierter diplomatischer Stellen in Hongkong auf eine sorgfältig abgewogene Absprache zwischen Tokio und Neu Delhi zurückzuführen und liegt im Sinne einer gemeinsamen Auffassung über die Entwicklung Groß-Asiens. Es hat sich in der letzten Zeit verschiedentlich gezeigt, daß die indische Regierung mit Tokio darin einer Meinung ist, daß die UN-Politik in Ost-Asien aus Mangel an Phantasie oder aus Furcht unglückliche Wege beschreitet. Daraus können sich für Amerika und Europa in Ost-Asien Entwicklungen ergeben, die zu gefährlicheren Konsequenzen treiben als alles, was bisher in der Behandlung des Problems Asien getan worden ist.

Ein Kaufmann erhielt kürzlich folgende Mitteilung seines Finanzamtes: „Sie haben für 1950/51 noch 40 DM Steuern nachzubahlen. Im gleichen Zeitraum haben Sie 7,50 DM Notopfer Berlin zuviel gezahlt. Da aber Notopferbeträge unter 10 DM weder verrechnet noch zurückgezahlt werden, ist der Betrag von 40 DM in voller Höhe zu entrichten.“

Eine Weile überlegte sich der Mann den Fall und auch ein Rechtsanwalt prüfte ihn von allen Seiten. Juristisch war der Geschichte nicht beizukommen. Und moralisch? Die Moral siegt nicht immer vor dem Gesetz, zumal nicht dann, wenn dieses den Staat deckt. Merkwürdigerweise ist es nämlich etwas anderes, ob ein Bürger mit einem anderen Bürger Disharmonien hat oder ob es sich um eine Auseinandersetzung mit dem Staat handelt, der sich zwar gerne „Vater“ nennt, sich aber recht unväterlich verhält. Wenn besagter Kaufmann seinen Geschäftsfreunden schrieb: „Ich ersuche Sie, meine Forderungen umgehend in voller Höhe zu begleichen. Ihre Forderung an mich können Sie dagegen in den Schornstein schreiben“, dann könnte es nicht nur bald seinen Laden dicht machen, sondern auch die Gerichte würden sich im Interesse der Geschäftsmoral sehr schnell mit den eigenartigen Gepflogenheiten des Mannes beschäftigen. Dabei hätte Letzterer nichts anderes getan, als die Sitten und Gebräuche des Staates auch für seine Person zur Anwendung gebracht.

In solchen und in anderen ähnlich gelagerten Fällen nimmt „Vater“ Staat in sehr unfamiliärer Weise das Recht des Stärkeren ohne jede Hemmung für sich in Anspruch und schafft eine Moral mit doppeltem Boden, die um so anfechtbarer ist, als er gleichzeitig mit drakonischer Strenge die Steuerpflichtigkeit heben will und Vergehen dagegen mit Zuchthaus und mit Berufsverboten bedroht. Sollte es nicht besser und väterlicher sein, der Allgemeinheit die Steuermoral erst einmal vorzuleben?

Drittes Opfer des Tribünensturzes

Markgröningen (Iwb). Der Tribünensturz in Markgröningen hat jetzt ein drittes Todesopfer gefordert. In Möglingen im Kreis Ludwigsburg ist ein 79-jähriger Mann an den Folgen eines Beckenbruchs gestorben, den er sich bei dem Unglück zugezogen hatte.

Es ist wieder so weit

Stuttgart (hpd). Die gewerblichen Kleinbetriebe können im kommenden Winter nur mit einem Bruchteil der Kohlenlieferungen des Vorjahres rechnen. Bereits jetzt schon erhielt eine Stuttgarter Mietwäschkuche vom Kohlenhändler die Mitteilung, daß ihr Kontingent bereits bis zum 31. März 1952 erschöpft sei.

20 000 Kurkäte — bis jetzt

Wildbad (hpd). Der Kurbetrieb in Wildbad hat einen kolossalen Aufschwung genommen. Bereits Ende Juli konnte der 15 000. Kurgast in Wildbad begrüßt werden, und inzwischen wurde der 20 000. Besucher registriert. Bei einer Tagesspitze von 1250 Badern wurden bis Ende August 105 000 Heilbäder abgegeben.

Seebahn gegen Autobahngebühr

München (ZSH). Bundesverkehrsminister Seebahn wendete sich vor der Forschungsgesellschaft für Straßenwesen in München gegen die Einführung einer Autobahngebühr. Eine solche Erhebung sei mittelalterlich und außerdem sei infolge der höheren Unterhaltungskosten der Straßen von der Autobahngebühr keine wirksame Stärkung der Finanzen zu erwarten. Ministerialdirektor Kaiser (Nordrhein-Westfalen) verlangte, daß alle für die Benutzung von Straßen- und Kraftfahrzeugen erhobenen Steuern ausschließlich dem Straßenverkehr zugute kommen. Seebahn kündigte in diesem Zusammenhang an, daß der Ausbau der Neckarkanalisation sowie des Ems- und Mittelweserkanales vorangetrieben werde.

80 Millionen Liter Öl in Flammen

Bristol (UP). 300 Feuerwehrleute gelang es in Bristol nach 24stündigen Anstrengungen, den Großbrand in einem der umfangreichsten Öllager der Welt einzudämmen. Nahezu 70 Millionen Liter Öl gingen unter starken Explosionen in einem Meer von Flammen auf. Der Brand beschränkt sich jetzt hauptsächlich auf zwei nahezu völlig ausgebrannte riesige Öltanks. Die Stadt Bristol ist von einer Rauchwolke verdunkelt. Stiefel und die Rauchentwicklung machten die Bekämpfung des Großbrandes lebensgefährlich. Der Verlust in diesem größten Ölbrand in Großbritannien seit dem Krieges fügt der schon gefährdeten britischen Ölversorgung einen schweren Schlag zu. Die Ursache des Feuers steht noch nicht fest. 36 Feuerwehrleute mußten mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei Arbeiter werden vermißt. Die Explosionen waren im Umkreis von 200 Kilometern zu hören. Insgesamt brannten 22 Öltanks.

Britische Flugzeuge beschlagnahmt

Attlee eröffnet Europas größte Raffinerie London (ZSH). Ministerpräsident Attlee wird die größte Ölraffinerie Europas Ende nächster Woche in der Nähe von Southampton ihrer Bestimmung übergeben. Die nach zweijährigen Bauarbeiten fertiggestellte Raffinerie verfügt über Verladeeinrichtungen, die gleichzeitig vier 26 000-Tonnen-Tanker abfertigen können.

Sämtliche Flugzeuge der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft, die zum Abtransport der Briten aus Abadan bereitgestellt waren, wurden von den iranischen Behörden beschlagnahmt. In Teheran nimmt man an, daß Ministerpräsident Mossadeg England doch noch das Ultimatum überreichen wird, in dem London aufgefordert wird, die Ölverhandlungen wieder aufzunehmen. Für den Fall der Ablehnung hat Mossadeg bereits die Ausweisung der letzten 350 britischen Techniker aus Abadan angekündigt.

Direkte Verhandlungen über Triest

London (UP). Aus maßgebenden Kreisen Londons verlautet, daß Italien und Jugoslawien in Kürze direkte Verhandlungen über Triest aufnehmen werden. Diese Ankündigung deckt sich zeitlich mit der Verschiebung der Gemeindevahlen in der anglo-amerikanisch besetzten Zone Triests, die ursprünglich im nächsten Monat durchgeführt werden sollten. Ein Sprecher des Foreign Office erklärte dazu: „Wir glauben, daß sowohl Italien als auch Jugoslawien sich der Notwendigkeit bewußt sind, das Triestproblem durch ein gemeinsames Abkommen zu lösen.“

Für Auswanderung von Flüchtlingen

Istanbul (UP). Die Interparlamentarische Union verabschiedete eine Resolution, in der die Regierungen aufgefordert werden, sämtlichen auswanderungswilligen Flüchtlingen jede nur mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Außerdem wird empfohlen, bei den UN einen Fonds für den Transport und die Anstellung von Flüchtlingen zu bilden. In einer weiteren Resolution wird eine Exportsteigerung von Nahrungsmitteln an bedürftige Länder sowie die Bildung eines Weltzolltarifs für Nahrungsmitteltransporten gefordert.

Warenlisten für Aufwandsteuer festgelegt

Änderung der Spesenverordnung - Beschlüsse des Bundeskabinetts

Bonn (UP). Unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher hat das Bundeskabinett beschlossen, den Gesetzentwurf über die Erhebung einer Aufwandsteuer an den Bundesrat weiterzuleiten. Ferner haben sich die Minister über die Liste der Waren geeinigt, die in die Aufwandsteuer einbezogen werden sollen. Sie soll aber vor ihrer Veröffentlichung noch mit den Koalitionspartnern besprochen werden.

Der Entwurf für eine Spesenverordnung wurde entsprechend den Wünschen des Bundesrates geändert. Nuncmehr können für die Bewirtung von inländischen Geschäftsfreunden je 10 DM pro Tag, für die Bewirtung von ausländischen Geschäftsfreunden aber 30.— pro Tag und Kopf von der Steuer abgesetzt werden. Auch für die an der Bewirtung teilnehmenden Angehörigen des Betriebes und für den Steuerpflichtigen selbst sind 10 DM steuerfrei. Bei der Bewirtung von Ausländern ist der Betrag von je 30 DM auch für drei deutsche Teilnehmer absetzbar. Die Verordnung soll nun in dieser Form dem Bundesrat zugeleitet werden.

Nach den Angaben eines Regierungssprechers hat sich das Kabinett außerdem mit der allgemeinen innerpolitischen Situation und der Preisentwicklung beschäftigt. Auch die Lage in der Ernährungswirtschaft, die Finanz- und Kassenlage und die im Zusammenhang mit der sowjetischen Straßensteuer entstandene Lage wurden erörtert. Der Bundesarbeitsminister berichtete über den Stand des Streiks der hessischen Metallarbeiter. Verabschiedet wurde vom Bundeskabinett eine Verordnung zum Zolltarif-Gesetz, mit der die Bemessungsgrundlage für den neu eingeführten Wertzoll geregelt werden soll.

17,38 Mill. für Notstandsarbeiten Der Bewilligungsausschuß für das Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung hat 17,38 Millionen DM für die Forderung von Notstandsmaßnahmen bereitgestellt. Dieser Betrag entspricht einem Arbeitsvorrat von rund

„einer Million Tagewerken und sichert annähernd 8000 Notstandsarbeitern eine Beschäftigung für die Dauer eines halben Jahres. Bei den geförderten Vorhaben handelt es sich vorwiegend um Meliorations-, Landgewinnungs- und Küstenschutzanlagen sowie die Aufschließung von Industriegelände. Im Rahmen der vorgelegten Anträge erhielten Rheinland-Pfalz 502 925 DM und Württemberg-Baden 1 030 000 DM.

Bonn am 12. September

Anlässlich des Nationalen Gedenktages des deutschen Volkes am 12. September findet im Bonner Bundeshaus eine Feier statt, bei der Bundeskanzler Dr. Adenauer sprechen wird. Die eigentliche Festrede hält Professor E. Spranger aus Tübingen. Geladen sind die Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates, die Hochkommissare und das Diplomatische Korps sowie die Vertreter der Kirche, der Jugendorganisationen, der Verbände und der Opferorganisationen.

„Erste Legion“ contra CDU

Maßgebliche Vertreter der „Ersten Legion“ unterstrichen in einer öffentlichen Erklärung, daß sich ihre Organisation in Wort und Tat stets zur Demokratie bekannt habe. Die Empfehlung des CDU-Parteivorstandes an die Mitglieder, aus der „Ersten Legion“ auszutreten, sei nur ein Vorstoß des linken Flügels dieser Partei gegen eine ihm unbecome aktiv demokratische Bewegung der Kriegsgeneration. Das „Verdammungsurteil“ der CDU beruhe vermutlich nicht auf demokratischen Grundsätzen, sondern auf dem Widerwillen einer verknöcherten Parteidemokratie gegen den „politischen Einsatzwillen“ der Kriegsgeneration. Die Vertreter der „Ersten Legion“ weisen darauf hin, daß Bundesinnenminister Dr. Lehr (CDU) erst kürzlich die demokratische Einstellung der Organisation anerkannt habe.

Weißbrussen wollten Gromyko ermorden

Attentatspläne rechtzeitig aufgedeckt - Verlassen die Sowjets die Konferenz?

San Francisco (UP). Die amerikanische Polizei will einen Anschlag auf das Leben des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Gromyko und andere Mitglieder der sowjetischen Delegation in San Francisco aufgedeckt und durch rechtzeitige Gegenmaßnahmen verhindert haben.

Weißbrussen, denen die Fahrtroute und Fahrzeit Gromykos von seiner Villa außerhalb der Stadt zum Opernhaus genau bekannt waren, hatten angeblich geplant, Gromykos Kraftwagen an einer bestimmten Stelle von einem sehr schnell fahrenden Bier-Lastkraftwagen rammen zu lassen. Ein Polizeispitzele habe jedoch die amerikanische Kriminalpolizei sowie die Straßenpolizei des Staates Kalifornien rechtzeitig gewarnt. Über die Persönlichkeiten der Verschwörer sowie darüber, ob Verhaftungen erfolgt sind, schweigen sich die Behörden aus. Gromyko und seine Mitarbeiter fahren seitdem nur noch mit sehr starkem Polizeigleitschutz zwischen Tagungsort und Wohnsitz.

Ein führendes Mitglied der Gemeinde russischer Emigranten in San Francisco, S. Pawlow, bezeichnete die Berichte über ein verhindertes Attentat auf Gromyko als „phantastische Erfindung.“

John Foster Dulles meinte in einem Radio-Interview, die Sowjets und ihre Satelliten würden nach seiner Ansicht lieber die Konferenz vorzeitig verlassen, als einer Unterzeichnung des japanischen Friedensvertrages zusehen zu müssen. Der republikanische Senator Bridges will von einer Delegation, die er auf Grund früherer Erfahrungen als zuverlässige Quelle bezeichnete, erfahren haben, daß die Erwartung von Dulles zutreffen soll. O. K. Armstrong, ein Abgeordneter des amerikanischen Repräsentantenhauses, zeigte Gromyko eine Landkarte, die dieser nach einem kurzen Blick mit einer Handbewegung von sich schob. Auf der Karte waren sämtliche Arbeitslager in der Sowjetunion eingezeichnet.

Der möglicherweise vorletzte Tag der japanischen Friedenskonferenz verlief ohne besondere Sensationen. Zu einem kurzen Zwischenfall kam es lediglich, als die tschechoslowakische Delegierte Dr. Gertruda Sekaninova-Dakrtova ihre Redezeit um zwei Minuten überschritt und von Acheson in seiner Funktion als Vorsitzender zur Ordnung gerufen werden mußte. Ihre Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit denen Gromykos. Voraussetzung für einen Friedensvertrag mit Japan sei die Teilnahme Rotchinas. Ohne die Unterschrift Pekings müsse der Vertrag als „illegal“ gelten. Das kommunistische China sei die Hoffnung für alle Völker, die

für den Frieden kämpften. Donnernden Applaus erntete der irakische Delegierte, als er den bisherigen Rekord an rednerischer Zurückhaltung aufstellte. „Ich möchte feststellen“, sagte Abdullah Ibrahim Baker, „daß ich von meiner Regierung keine Anweisungen habe, über den Entwurf zum japanischen Friedensvertrag irgendwelche Feststellungen zu treffen.“

Dann ergriff eine Delegation nach der anderen das Wort und äußerte ihre Zustimmung zum vorliegenden Vertragsentwurf. Mehrere Staaten machten gewisse Vorbehalte geltend, die sie jedoch, wie sie selbst erklärten, nicht davon abhalten werden, den Vertrag zu unterzeichnen. Nachdem sich jetzt auch Indonesien dazu bereit erklärte, werden — falls sich keine Zwischenfälle mehr ereignen, 48 Nationen am Samstag den Vertrag unterschreiben.

16 Punkte für Washington

Amerikanische Hilfe für Jugoslawien

Washington (UP). Die jetzt in großen Zügen festgelegte Tagesordnung für die Außenministerkonferenz der Westmächte in Washington umfaßt 16 Punkte, die sich alle direkt oder indirekt mit der kommunistischen Gefahr befassen. Westdeutschland, Spanien, der italienische Friedensvertrag und das kommunistische China sind die Hauptthema der Konferenz. Die Besprechungen in Washington sollen in erster Linie aber nur einem grundlegenden Meinungsaustausch dienen. Mit Beschlüssen und Entscheidungen ist erst nach einer Überprüfung der Konferenz-Ergebnisse durch besondere Ausschüsse zu rechnen.

Der französische Finanzminister Mayer erklärte den Vertretern der Presse: „Ich beschäufte mich mit Finanzminister Snyder und Außenminister Acheson über Fragen der Finanzierung des Krieges in Indochina zu verhandeln.“ Er sei nicht nach den USA gekommen, um für Frankreich eine Steigerung der amerikanischen Hilfe zu erbitten, wolle aber „das ernste Dollarproblem Frankreichs“, das alle anderen Finanzfragen wie den Haushalt, den Erwerb ausländischer Rohstoffe und die Durchführung des Rüstungsprogramms in Mitteldrangigkeit liege, besprechen.

General Killbuck, stellvertretender Generalstabschef der jugoslawischen Armee, hat mit dem USA-Verteidigungsministerium ein Übereinkommen über die technischen Einzelheiten eines gegenseitigen Waffenabkommens zwischen den USA und Jugoslawien erreicht. Ein Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Vietnam ist in Saigon unterzeichnet worden.

Hochkommission protestiert bei Tschuikow

Lage in Berlin verschärft sich - Beschränkungen im Paket-Transport

Berlin (UP). Die Hochkommission hat sich in einem Schreiben bei dem Leiter der sowjetischen Kontrollkommission, General Tschuikow, über die Einführung des Straßenzolls für Fahrzeuge aus Westdeutschland und Westberlin, über die sowjetische Forderung nach Ursprungsbescheinigungen für 17 in Westberlin produzierte Warengruppen und über die Blockierung des Elbe-Schiffahrtsweges von Westdeutschland nach Berlin beschwert.

In dem Protest betont die Hochkommission, daß mit der Straßensteuer und den anderen Maßnahmen die Abmachungen der Alliierten von New York und Paris vom Jahre 1949 über den Warenverkehr zwischen Berlin und Westdeutschland verletzt würden. Der Interzonenhandel könne erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die sowjetischen Beschränkungen für den Verkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet seien. Ge-

genmaßnahmen werden in dem Protest nicht angedroht. Ein Sprecher der Alliierten in Berlin kündigte jedoch an, die Alliierten würden „prompt reagieren“, falls die sowjetische Antwort negativ ausfalle.

Der Bürgermeister des Westberliner Bezirks Kreuzberg, Kreßmann, führte überraschend ohne Befragen des Berliner Senats für Fahrzeuge aus dem Sowjetsektor und der Ostzone eine Straßensteuer ein, die sich in der Höhe des Straßenzolls der Sowjetzone gegen West-Kraftwagen bewegte. Auf Anordnung des Senats mußte der Bürgermeister sein Vorgehen später wieder einstellen. Als Reaktion auf die „Aktion Kreßmann“ sperrte die Volkspolizei des Ostsektors den gesamten Verkehr von Westberliner Kraftwagen zwischen West- und Ostberlin. Angeblich wurden über 1000 Fahrzeuge beschlagnahmt, die aus dem Sowjetsektor nach dem Westen zurückfahren wollten.

Inzwischen hat sich auch die Situation in der Verschiebung von Paketpost aus Berlin nach Westdeutschland weiter verschärft. Am Eisenbahnkontrollpunkt Marienborn wurden 16 Waggons mit Paketen ohne Angabe von Gründen nach Berlin zurückgeschickt. Lediglich 12 Postwagen wurden durchgelassen. Der Berliner Senat will jetzt bei den westalliierten Behörden intervenieren und zu erreichen versuchen, daß die angesammelten Pakete auf dem Luftwege befördert werden.

Ein amerikanischer Soldat wurde nachts von einem Volkspolizisten in der Nähe des S-Bahnhofes Lichterfelde-Süd angeschossen und an der Hüfte verletzt. Der Soldat befand sich wenige Meter von der Sektorengrenze entfernt innerhalb der sowjetischen Zone. Als der Verwundete zusammenbrach, wurde er von Volkspolizisten ergriffen und mit unbekanntem Ziel abtransportiert.

Abteilungskommandeur entlassen

Bundesgrenzschutz hat zu wenig Patronen

Hannover (UP). Der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Dr. Egidj, teilte mit, daß es notwendig gewesen sei, den Abteilungskommandeur des Bundesgrenzschutzes in Braunschweig, Almesinger, von seinem Amt zu entheben. Dieser Kommandeur sei offensichtlich den an ihn gestellten Anforderungen bei der Ausbildung des Bundesgrenzschutzes nicht gewachsen gewesen. Der als Bädelführer beim Singen nationaler Lieder ermittelte Wachmeister Hirsch habe zwar Beziehungen zu SRP unterhalten, jedoch sei keinerlei politische Zellenbildung im Bundesgrenzschutz, weder in Niedersachsen noch an irgend einer Stelle in der Bundesrepublik, festgestellt worden.

Weiter teilte Dr. Egidj mit, daß für die Ausbildung des Bundesgrenzschutzes viel zu wenig Patronen vorhanden seien. Der Bundesgrenzschutz sei nur mit Pistolen, Karabinern, Maschinengewehren und einigen deutschen Maschinengewehren ausgerüstet, die von französischer Seite zurückgegeben worden seien, besitze sonst aber keine anderen Waffen. Er würde vorerst auch keine Granatwerfer erhalten, die sehr erwünscht seien und die früher auch die Polizei besessen habe, um die in Deckung liegenden Angreifer bekämpfen zu können. Dagegen wird der Bundesgrenzschutz in absehbarer Zeit gepanzerte Mannschaftsportwagen erhalten, um gegen Beschuß gesichert zu sein.

VOM TAGE

Stundenlanger Verhöre durch die saarländische Polizei mußten sich frühere Mitglieder der verbotenen Demokratischen Partei Saar (DPS) unterziehen, nachdem zahlreiche Hausdurchsuchungen stattgefunden haben.

Zum Tode verurteilt wurden in Bulgarien vier „Agenten des US-Geheimdienstes“. Neun weitere, darunter zwei Frauen, erhielten Gefängnisstrafen zwischen fünf und 20 Jahren.

Die syrische Regierung gab offiziell bekannt, daß sie an der Konferenz zwischen den arabischen Staaten und Israel in Paris teilnehmen wird.

Gegen die Entscheidung des Sicherheitsrats der UN protestierten mehrere tausend Anhänger der persischen Regierung in Teheran.

Sechs US-Soldaten wurden in Bamberg zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und sechs Jahren und unehrenhafter Entlassung aus der Armee verurteilt, weil sie deutsche Taxifahrer überfallen und beraubt haben.

Zwei amerikanische Sachverständige auf dem Gebiet der Erziehung und der öffentlichen Dienste werden nächste Woche in der Bundesrepublik eintreffen, um dort deutsche Beamte zu beraten.

James W. Gerard, vor dem ersten Weltkrieg US-Botschafter in Berlin, starb auf Long Island im Alter von 94 Jahren.

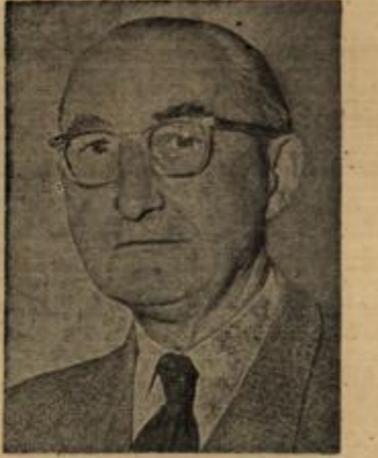
Der Frankfurter Oberbürgermeister Koll wird am Montag nach Wien fliegen, um dort über den Wiederaufbau Frankfurt zu sprechen.

Der kommunistische „Weltfriedensrat“ wird Mitte September in Prag eine Tagung abhalten.

150 000 Trunksüchtige wurden in der Bundesrepublik gezählt. Ein Prozent der Gesamtbevölkerung steht laut Statistik unter „Suchteinfluss“.

Als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des stellvertretenden Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gilt in Bonn der ehemalige Justizminister von Schleswig-Holstein, Dr. Rudolf Katz (SPD).

Anlässlich der Briefmarkenausstellung 1951, die in Wuppertal stattfindet, gibt die Bundespost Sonderpostwertzeichen heraus.



Zum Leiter der Luftfahrtabteilung im Bundesverkehrsministerium ist Ministerialdirektor Dr. Kurt Knipfler (unser Bild) ernannt worden.

Umschau in Karlsruhe

Polizeipräsidenten aus USA zurück

Karlsruhe (UP). Eine Gruppe von 14 leitenden deutschen Polizeibeamten, darunter die Polizeipräsidenten von Karlsruhe und Stuttgart, sind nach einem neunwöchigen Aufenthalt aus den USA zurückgekehrt. Die deutschen Polizeibeamten studierten die Einrichtungen der US-Polizei und verbrachten einige Wochen an der Polizeischule Michigan State College.

Photowirtschaft gegen Aufwandsteuer

Karlsruhe (wvb). Wie in anderen Ländern der Bundesrepublik wird auch in Württemberg-Baden eine Protestaktion gegen die von der Bundesregierung geplante Einbeziehung von Photoapparaten und deren Zubehör in die Aufwandsteuer durchgeführt. Die Auslagen in den Schaufenstern der rund 600 Photogeschäfte Württemberg-Badens wurden bereits geräumt und darin Protestplakate ausgestellt: „Die Photographie ist in Deutschland“ allgemeines Volksgut und belehrende und bildende Betätigung. Sie verdient eine Förderung und nicht eine Bestrafung durch Sondersteuern!“ heißt es auf einem der Plakate. In den Photogeschäften werden außerdem Protestlisten aufgelegt, in denen sich die Kunden eintragen können. Diese Listen sollen später der Bundesregierung zugesandt werden.

Im Badischen Kunstverein Karlsruhe

Waldstr. 3, wird am Sonntag, 9. Sept., vormittags 11 Uhr eine Ausstellung eröffnet: Hans Poelzig, Bauten — Entwürfe — Gemälde. Otto Hermann, Lithographien aus dem Zyklus „Die Verdammten“.

Aus der badischen Heimat

Wertvolles Geschenk für Pforzheim

Pforzheim (wvb). Der jetzt in Córdoba (Argentinien) lebende Pforzheimer Prof. H. Sparr hat dem Städtischen Archiv seine zehn Bände umfassenden eigenen Werke, ein international weit verbreitetes bibliophiles Werk, geschenkt. Der erste Band enthält eine handschriftliche Widmung des Professors an die Stadt Pforzheim sowie ein handschriftliches Gedächtnis an die Toten des Bombenangriffs auf Pforzheim.

Gute Weinlese in Nordbaden

Mannheim (wvb). In den nordbadischen Gebieten um Mannheim, an der Bergstraße, im Neckartal und im Bauland wird allgemein ein guter Weinherbst erwartet. Fachleute in Schriesheim an der Bergstraße sind der Ansicht, daß die kommende Weinlese ein Vollherbst wird. Der Rebenbehang im Neckartal und im Bauland wird von Experten als gut bezeichnet.

Neckarstadt Eberbach im Film

Eberbach (wvb). Während der Dauer des „Kuckucksmarktes“ wird im Burgtheater in Eberbach allabendlich der von der Bavaria-Filmgesellschaft in Eberbach gedrehte Film „Frischer Wind im alten Garten“ vorgeführt. Der Lehrfilm, der in Eberbach uraufgeführt wurde, schildert das kommunalpolitische Leben in der nordbadischen Neckarstadt. Das Drehbuch schrieb Fritz Peter Buch. Schauspieler sind die Einwohner von Eberbach. Der Film soll — in englischer Sprache — auch in Amerika gezeigt werden.

Wilder Affe im Gesundheitsamt

Wertheim (wvb). Ein Spaziergänger entdeckte auf einem Nußbaum einen Affen und versuchte, als dieser durch das offene Fenster des Gesundheitsamtes verschwand, das Tier einzufangen. Nach einer toten Jagd über Tische und Stühle konnte er den Affen auch erwischen, aber der Verfolger wurde in den Arm gebissen. In einer Kiste konnte der Affe schließlich doch einem Schausteller zurückgegeben werden.

Beim Kochen verbrannt

Tauberbischofsheim (wvb). In Algetheim ist ein 14jähriges Mädchen tödlich verunglückt. Das Kind war mit dem Kochen des Mittagessens beschäftigt, wobei die Klei-

der des Mädchens Feuer fing. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, starb das Mädchen noch am gleichen Tag an den Folgen der Verbrennungen.

Wähle mit Lotteriegewinn!

Weinheim/Bergstraße (wvb). Einen neuartigen Weg der Theaterwerbung will die Kulturgemeinde Weinheim an der Volksabstimmung beschreiben. Anlässlich der Wahl sollen alle Einwohner der Stadt, die in einem öffentlichen Wahllokal ihre Stimmen abgegeben haben, an einer Verlosung von 20 Abonnementen im großen und 80 Abonnementen im kleinen Theaterspielplan sowie an der weiteren Verlosung von 500 Einzeleintrittskarten teilnehmen. Die Losabgabe erfolgt außerhalb der Wahlräume und ist kostenlos. Die Werbung der Kulturgemeinde Weinheim ist nicht ausschließlich auf den Zweck der Förderung der Abonnementzeichnung abgestellt, sie soll vielmehr auch die Wahlmündigkeit beseitigen helfen. Da in Weinheim 17 000 Personen wahlberechtigt sind, werde bei 100-prozentiger Wahlbeteiligung auf jeden 30. Wähler ein Gewinn entfallen. Der Stadtrat von Weinheim hat die Verlosung genehmigt.

Kommunistische Agentin verhaftet?

Rastatt (UP). Die 60jährige Frau Lilly Wächter, Ortsvorsitzende des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands“ in Rastatt, einer Vereinigung, die vom Bundesinnenministerium als verfassungswidrig angesehen wird, ist in Stuttgart verhaftet worden, als sie vor einer Versammlung dieser kommunistisch inspirierten Vereinigung im Haus der Technischen Werke Stuttgart über das Thema „Was ich in Korea mit eigenen Augen sah“ sprechen wollte. Frau Wächter wurde von Kriminalbeamten auf Grund eines alliierten Haftbefehls festgenommen. Sie war in Korea und versucht seither in vielen Orten der Bundesrepublik Vorträge zu halten. Sie versichert, niemals an einer politischen Schulung in der Ostzone, teilgenommen oder mit der SED in Verbindung gestanden zu haben.

In den Dorrbach gestürzt und ertrunken

Offenburg (wvb). In den frühen Morgenstunden wurde ein 43jähriger Arbeiter in Appenweiler im Dorrbach tot aufgefunden. Er war in der Nacht mit seinem Fahrrad in den Bach gestürzt, hatte sich dabei einen Schädelbruch zugezogen und war ertrunken.

Maßnahmen gegen träge Behörden

Freiburg (UP). Das südbadische Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit wurde jetzt dahingehend geändert, daß eine Behörde wegen Unterlassung eines Verwaltungsaktes vom Antragsteller verklagt werden kann, wenn dieser sich benachteiligt glaubt. Diese Bestimmung soll sich, wie jetzt mitgeteilt wurde, in erster Linie gegen die behördlichen Stellen richten, die Anträge und Gesuche nicht rechtzeitig bearbeiten und beantworten.

Ein neuer Gegner des Schluchseewerks

Lörrach (ld). Im Großen Rat des Kantons Schaffhausen hat der Bürgermeister der Gemeinde Hallau eine Interpellation eingereicht, die sich mit der geplanten Staunung

Differenzen um Gemeindefinanzen

Hefiges Duell zwischen Finanzminister und Gemeindevertretern - Etsberatungen fortgesetzt

Freiburg (ld). Der badische Landtag billigte mit der Mehrheit der Regierungspartei gegen die Stimmen der SPD, FDP und KPD die Haushaltspläne der Volkvertretung, der Landesregierung, der Rechnungskammer, des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums.

Während der Beratungen kam es mehrere Male zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. In den Debatten zu den einzelnen Plänen wurde von den Vertretern aller Parteien besonders die Sparsamkeit des Landtagspräsidenten lobend erwähnt. Sie sei nicht allein in Baden, sondern in ganz Deutschland sprichwörtlich.

Zu einem heftigen „Duell“ zwischen dem Finanzminister und Vertretern der Gemein-

den kam es, als der Finanzminister im Zusammenhang mit der Durchberatung der Mittel für das Straßenwesen auf die Mehreinnahmen der Gemeinden hinwies und dabei von „einer Begehrlichkeit und einem Egoismus“ der Gemeinden sprach. Abgeordneter Menges, FDP, gleichzeitig Vorsitzender des Verbandes badischer Gemeinden, warf dem Minister vor, den Gemeinden, deren Finanzlage außerordentlich gespannt sei, im neuen Haushalt früher gezahlte Beträge entziehen zu wollen. Auch andere Abgeordnete, unter ihnen die Bürgermeister von Freiburg, Konstanz und Waldshut, wiesen die Äußerungen des Finanzministers scharf zurück und warfen ihm Unkenntnis der Gemeindefinanzen vor.

tergründig an sich, das ihn ebenso anzieht, wie abstoßt. Die beiden Männer geben sich jetzt die Hand, und Dr. Burgdorf macht eine einladende Bewegung zu seinem Arbeitszimmer und läßt den späten Gast vorangehen. „Bitte, setzen Sie sich, Doktor, machen Sie es sich bequem.“ Dr. Alwa setzt sich in den Sessel, in dem noch vor wenigen Minuten Frau Luzie gesessen hat. Dr. Burgdorf stellt zwei Gläser auf den runden Tisch und gießt Portwein ein. „Auf Ihr Wohl, Herr Doktor...“ Dr. Alwa hebt das Glas, die Flügel seiner schmalen Nase zittern, als er es an die Lippen führt und trinkt. Als er das Glas abgesetzt hat, fragt Dr. Burgdorf: „Und was führt Sie so spät noch zu mir, Doktor?“

Dr. Alwa sitzt, als sei ihm nicht sehr behaglich, in seinem Sessel. Seine Kiefer bewegen sich nervös, so daß die starken Backenknochen noch mehr hervortreten. „Ja“, antwortet er nach einer Pause, „es ist mir sehr unangenehm, Doktor Burgdorf, und ich möchte nicht den Eindruck erwecken, daß ich Ihr Vertrauen enttäusche. Sie müssen den Termin noch einmal verlängern.“ Seine Augen sind jetzt starr auf Burgdorf gerichtet. Der schüttelt entschieden den Kopf: „Ausgeschlossen, Doktor, ausgeschlossen. So gern ich Ihnen geholfen habe, aber es geht nicht länger.“ Unruhig greift Dr. Alwa zu seinem Portweinglas und leert es. Burgdorf füllt sofort nach. Er wartet auf eine Antwort. Als der andere immer noch schweigt, fährt er fort: „Sie wissen, Dr. Alwa, unter welchen Voraussetzungen ich Ihnen seinerzeit das Darlehen gegeben habe. Ich hatte volles Mitleid für Ihre tragische Lage. Ich habe nicht nach Schuld oder Unschuld gefragt, obwohl für mich diese Frage hätte entscheidend sein können. Das Urteil war über Sie gesprochen. Schön, es war vielleicht Künstlerpech. Kann jeder haben. Aber ich habe Ihnen die zehntausend Mark nur geliehen, weil Sie mir ehrenwörtlich versicherten, daß Sie mir

das Geld in drei Monaten zurückzahlen würden. Sie beriefen sich auf Ihren Bruder, der als Wissenschaftler einen angesehenen Namen hat. Inzwischen sind sechs Monate vergangen. Ihr Bruder scheint sich nicht gerührt zu haben. Denn Sie verlangen bereits wieder eine Fristverlängerung. Leider, sage ich, kann ich sie diesmal nicht gewähren. Ich plane selbst eine Auslandsreise. Das Erscheinen meines neuen Buches verzögert sich auch, ich brauche jetzt das Geld selber dringend.“ Dr. Alwa hat schweigend zugehört. Sein Gesicht hat einen bestürzten Ausdruck. „Ich halte Sie immer noch für einen Ehrenmann, Dr. Alwa“, sagt Burgdorf ruhig und gießt sich ein neues Glas Wein ein. Dr. Alwa scheint nachzudenken. Allmählich weicht der bestürzte Ausdruck aus seinem Gesicht und macht einem verschlagenen Platz, seine Augen sind halb und lauernd geöffnet.

„Bei Ihren Beziehungen zu hiesigen Banken, Dr. Burgdorf“, sagt er langsam, „sollte es Ihnen doch nicht schwerfallen, einen Ueberbrückungskredit aufzunehmen und mir die Frist zu verlängern. Das Geld ist Ihnen sicher.“ Burgdorfs Gesicht verfinstert sich. Senkrecht über seiner schmalen Nase steht eine gefährliche Falte in der hohen Stirn. „Wie meinen Sie das, Doktor?“ fragt er brüsk. Beziehungen zu hiesigen Banken? Davon ist mir nichts bekannt. Wollen Sie sich nicht etwas deutlicher ausdrücken?“ Dr. Alwa zögert mit der Antwort. Aber er ist in einer Lage, in der er alles auf eine Karte setzen muß. „So lächelt er jetzt. „Was das nicht eben die Gattin des Bankiers Arnold Berger, die Sie zu so später Stunde verlassen hat?“

Dr. Burgdorfs Hand schließt sich plötzlich um den schmalen Stiel seines Weinglases. „Ich sehe noch nicht ein, was dieser Besuch, wenn es wirklich die Gattin des Bankiers gewesen ist, mit Ihren Schulden zu tun hat“, sagt er kalt. „In meiner Lage“ — Dr. Alwa spricht leise wie zu sich selbst — „schreckt man vor nichts mehr zurück, Doktor. Der Mensch kann in

eine Lage kommen, wo ihm alles gleichgültig wird, was unter sogenannten bürgerlichen Menschen als ehrenhaft und anständig gilt, wo er ein Lump wird oder ein — Mörder. Vielleicht bin ich so weit. Wenn Sie auf Ihrem Willen bestehen, kann ich mir eine Kugel durch den Kopf schießen. Aber ich denke nicht daran, nicht eher wenigstens, als bis alle anderen Mittel erschöpft sind. Ich habe Pläne, große Pläne. Ich arbeite Tag und Nacht, während Sie — während Sie Ihren Vergnügungen nachgehen. Für Sie bedeuten die zehntausend Mark wahrscheinlich in Wirklichkeit gar nichts. Für mich bedeuten sie Leben und Zukunft.“

„Er machte wie erschöpft eine Pause. „Ich verstehe immer noch nicht, worauf Sie hinauswollen“, wirft Dr. Burgdorf ein. „Ich werde es Ihnen ganz deutlich sagen, Doktor“, schreit Alwa plötzlich. „Ich glaube, daß sich der Bankier Arnold Berger sehr dafür interessieren wird, wo sich seine Gattin bis zum Anbruch der Nacht, und ich nehme an, öfter auch noch länger aufhält, und daß ihm diese Kenntnis vielleicht ebensoviel wert ist, wie die paar Mark, die Sie mir angeblich aus Menschenfreundlichkeit liehen...“

Er hört auf zu sprechen, denn Dr. Burgdorf ist aufgestanden. Er nimmt die beiden Weingläser, auch das noch nicht leergetrunkene Dr. Alwas, und setzt alles auf seinen Schreibtisch. Er tut das ruhig und gelassen, als wäre er allein. Nur sein scharfes Gesicht ist maßlos gespannt, als erwarte er jeden Augenblick einen Angriff. Aber Dr. Alwa hockt plötzlich zusammengesunken in seinem Sessel, ein zerbrochener Mensch, ein Mensch, der sich bis aufs letzte entblößt hat und der Scham noch nicht ganz entbehrt. Dr. Burgdorf wirft einen verächtlichen Blick auf ihn, dann schickt er sich an, das Zimmer zu verlassen. Halbwegs wendet er sich noch einmal um und sagt ohne jede Betonung: „Sie werden morgen eine Mitteilung meines Anwaltes erhalten, Dr. Alwa. Sie werden verstehen, daß ich mit Exzessen nicht verkehre.“ (Fortf. folgt)

Der neue FRISCHE



so HELL wie noch nie!

der Wutach durch die Schluchseewerk-AG. beschäftigt. Durch die verminderte Wasserführung des Flusses wurde die Existenz einer Kraftanlage in Schleifheim sowie des Elektrizitätswerkes der Gemeinde Hallau in Frage gestellt. Die zuständigen Schweizer Instanzen sollen sich energisch dafür einsetzen, daß das demnächst zu erwartende Kon-

Kreuz und quer durch Baden

Pforzheim. Die Volkshochschule Pforzheim will mit Beginn des Wintersemesters unter der Leitung von Kapellmeister Tiegant versuchsweise ein Jugendorchester aufstellen. (wvb)

Heidelberg. Unter dem Titel „Der gedeckte Tisch und sein Blumenschmuck“ ist im Kurpfälzischen Museum in Heidelberg eine gastronomische Ausstellung eröffnet worden. (wvb)

Mannheim. Der Sozialausschuß der Stadt Mannheim hat für die Fürsorgeempfänger der Stadt eine Brennstoff- und Kartoffelbeihilfe bewilligt. Für die Beihilfen sind insgesamt 175 000 DM vorgesehen. (wvb)

Wiesloch. Bei Grabarbeiten für die Wasserleitung wurde bei der Sakristei der katholischen Pfarrkirche in Malsch ein Massengrab freigelegt. Es wird vermutet, daß es aus der Zeit des 30jährigen Krieges stammt. (ZSH)

Radolfzell. Zwei Mitglieder der Verkehrsportabteilung Radolfzell, ein Oberschenkel-Amputierter und ein Oberarm-Amputierter durchschwammen die 2400 Meter lange Strecke des Zeller Sees zwischen Radolfzell und Imzang. (wvb)

DIE LETZTE LIEBE

ROMAN VON H. P. LARSEN

Copyright by Dr. Paul Herzog, Tübingen
Durch Verlag v. Gräber & Götz, Wiesbaden
(3. Fortsetzung)

Er schließt die Tür auf. Der Parkweg liegt in hellem Mondschein.

Auf dem Wege kommt ein Mann schnell auf das Haus zu. Dr. Burgdorf sieht ihn kommen, auch Luzie sieht ihn. Aber es ist zu spät, ins Haus zurückzukehren. Die Begegnung ist unvermeidlich geworden. Der Mann kommt schon die wenigen Stufen zum Hause hinauf. Es ist Dr. Alwa, der im ersten Stock der Villa seit einigen Monaten zwei Zimmer bewohnt, während der übrige Teil des ersten Stockwerkes dem Besitzer der Villa reserviert ist.

Dr. Alwa sieht höflich den Hut, grüßt und verneigt sich etwas nach der Seite der jungen Dame.

„Ach, Herr Dr. Burgdorf“, sagt er, als er schon fast in der Haustür steht, „kann ich Sie wohl noch einen Augenblick sprechen?“

„Wenn Sie eine Minute warten wollen...?“

Dr. Alwa verschwindet hinter der offenen Haustür.

„Keine Unbesonnenheiten, Luzie...“ Sie schüttelt wortlos den Kopf. Er sieht sie eilig den mondbeschienenen Weg zum Parktor hinabgehen, sie wendet sich nicht mehr um. Ein gutes Gefühl bewegt sein Herz. Arme Frau! Seltsam, daß man in einer kleinen Stadt so unglücklich sein kann. Vielleicht gerade in einer kleinen Stadt, denkt er. Dann hört er das Parktor zufallen.

Ernüchtert wendet er sich dem Hause zu, verschließt sorgfältig die Tür und sieht im hellen Flur Dr. Alwa stehen. Wieder wie immer, wenn er diesem Manne gegenübersteht, beschleicht ihn ein unbehagliches Gefühl. Der nicht große, schmale Mann mit dem eckigen Gesicht, den stark vortretenden Backenknochen und den immer etwas glitzernden, feuchten Augen hat etwas Hinterhältiges, Hin-

AUS UNSERER HEIMAT

Zähes Ringen um Naturschutzgebiete im badischen Land

Hermann Schurhammer, der Schützer der Wutachschlucht und des Hohenstoffel

„Neu Regiment bringt neue Menschen auf, und frühes Verdienst veraltet schnell“ — dieses bittere Wort ritt gerade in heutiger Zeit vielerorts zu. Es soll aber keine Anwendung finden auf den verdienstvollen Vorkämpfer des Naturschutzes, Hermann Schurhammer in Bonndorf. Der über 70jährige gebürt zu den glücklichen Naturen, bei denen Verstand und Wissen sich harmonisch vereinen mit ausgesprochen praktisch-schöpferischer Begabung und warmer Hingabe an die Lebensaufgabe. Als solche hatte sich Hermann Schurhammer zuerst das Gebiet der Technik erkoren. Nachdem er an der Technischen Hochschule in Karlsruhe das Studium der Ingenieurwissenschaften vollendet hatte, trat er in den Dienst der Badischen Staatlichen Wasser- und Straßenbauverwaltung. Nach Verwendung bei verschiedenen Kulturbauämtern, beim Wasserrechtsbüro und dem Murgwerksbau, wurde ihm im Jahre 1921 als Baurat die Leitung des Wasser- und Straßenbauamts Bonndorf anvertraut. In dieser Stellung, in der mannigfaltige und zum Teil sehr schwierige Aufgaben an ihn herantraten, entfaltete er eine fruchtbare, verdienstvolle Tätigkeit, in der es ihm an Erfolg und Anerkennung nicht fehlte. Daß er diesen vielseitigen Wirkungskreis mit all seinen Zukunftsaussichten verließ, um dem Ruf zur Übernahme der Leitung der Badischen Naturschutzstelle Folge zu leisten, stellt seinem Idealismus ein schönes Zeugnis aus, nicht minder freilich auch der Bedeutung und Anziehungskraft der Ideen, die der Naturschutzbewegung zugrunde liegen.

Dem Naturschutz und der Natur selbst in all ihren Erscheinungsformen hatte Schurhammer schon in Bonndorf seine ganze Frei-

zeit gewidmet. In jahrelanger, mühevoller Arbeit gelang ihm damals eine Großtat: der Schutz der Wutach-Gauchach-Schlucht, eines der eigenartigsten und berühmtesten europäischen Naturgebilde. Als dann das Reichsnaturschutzgesetz die staatliche Naturschutzorganisation recht eigentlich in den Sattel hob, traten erst recht große Aufgaben an ihn heran. Seiner unermüdlichen Tatkraft ist es in erster Linie zu verdanken, wenn in wenigen Jahren in rascher Folge eine Reihe von Naturschutzgebieten und geschützten Landschaftsteilen im ganzen badischen Land eingerichtet werden konnten. Darunter befinden sich so bedeutsame Gebiete wie der Feldberg, das Wollmatinger Ried und die Halbinsel Mettnau am Untersee mit ihrem Reichtum an Wasservögeln zum Teil seltener Arten. In vielen Fällen war der Schutz erst nach zähem Ringen mit den verschiedensten Gegeninteressen und behördlichen Bedenken zu erreichen. Ein Musterbeispiel hierfür bildet für alle Zeiten der Schutz des Hohenstoffel. Nebenher ging eine umfassende beratende und gutachtliche Tätigkeit, die sich teils auf Eingriffe in die Landschaft, wie Hochbauten, Straßen, Kraftwerke, Starkstromleitungen, Flurbereinigungen und sonstige Arbeiten an der Landschaft erstreckte, teils Aufgaben biologischer Natur zum Gegenstand hatte. Überall bewährten sich dabei seine technisch-wirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient auch, was Hermann Schurhammer durch seine Vortragstätigkeit in allen Teilen des Landes bei Vereinen, amtlichen Zusammenkünften und sonstigen Gelegenheiten für die Verbreitung des Naturschutzgedankens gelei-

stet hat. Es war für den badischen Naturschutz ein großes Glück, daß Hermann Schurhammer nach dem Zusammenbruch sich in der Vorkraft seines Schaffens als Leiter des Landesamts für Naturschutz- und Landschaftspflege für den Wiederaufbau der Naturschutzorganisation und -arbeit einsetzen konnte. Auch heute noch, nach seiner zu Beginn dieses Jahres erfolgten Zuruhrsetzung, ist Hermann Schurhammer unermüdlich für den Natur- und Landschaftsschutz tätig — was Baden und seine Menschen ihm verdanken, dürfte jedermann klar sein.

Im Odland

Wo ein ärmlich Gras
darbend grünt am Hang,
wo die Steine glühn
einen Sommer lang,
wo die Grille singt
und der Vogel schweigt:
vor der Distel Blühn
hab ich mich vgrneigt.

Hubert Wolf

Mannheim - kurpfälzisches Kulturzentrum

Um den Neubau des Nationaltheaters — Neues Stadtmuseum

Der letzte Krieg brachte Mannheim den Verlust seines Nationaltheaters, das einst als Kunstinstitut europäische Bedeutung hatte, seit Schillers „Häuber“ hier ihre Uraufführung erlebten. Das ehrwürdige Haus am Schillerplatz sank in Trümmer; der Platz wurde im Lauf dieses Jahres planiert und soll künftig nur noch das wiedererstandene Schillerdenkmal tragen. Für einen Theaterneubau kommt der Platz aus verschiedenen Gründen nicht mehr in Frage, nicht zuletzt wegen der räumlichen Beschränkung. Für Mannheim als Kulturzentrum in der Rhein-Neckar-Ecke, am Nordbad, die Pfalz und Südhessen teilhaben, ist das Neubauprojekt von größter Bedeutung, und die Platzwahl will wohl erwogen sein. In der letzten Sitzung des Stadtrats entspann sich darüber eine lebhafte Aussprache, als deren Ergebnis vier Plätze zur Auswahl vorgeschlagen wurden: ein freies Gelände am Neckarufer, der vordere Luisenpark, das Grundstück der früheren Ingenieurschule mit angrenzendem Gelände und der Friedhofspark.

Die Entscheidung muß noch in diesem Jahr fallen. Ein weiterer Vorschlag wäre noch der Erwerbung wert, der das Theater in den rechten Schloßflügel, das frühere Bibliotheksgebäude, eingebaut sehen möchte. Allerdings befindet man sich da auf staatlichem Grund und Boden, doch ist der Staat in jedem Fall Zuschußgeber für das Mannheimer Nationaltheater, und es wäre ein schöner Zukunftsraum, alle Kulturinstitutionen der Stadt im Schloß vereinigt zu sehen, das ja ohnehin wieder aufgebaut werden muß. Die früher im Schloß untergebrachten Sammlungen befinden sich, soweit sie erhalten und nicht magaziniert sind, im ehemaligen Zeughaus. Dort soll nun auch in einem geräumigen Hofgebäude das stadthistorische Museum eingerichtet werden. Der Leiter der städtischen Museen, Dr. Böhm, begründet diese Absicht damit, daß das Hofgebäude als eines der wenigen übrig gebliebenen Monu-

mente aus Mannheims Kurfürstenzeit unbedingt vor dem Verfall bewahrt werden müsse; bei seiner Wiederherstellung ergebe sich mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen ein Ausstellungsraum von 250 Quadratmetern Fläche. Dokumente und historische Schaustücke, die wegen der ständig wechselnden Ausstellungen im Zeughaus nicht zur Geltung kommen, sollen die Geschichte Mannheims von der Stadtgründung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts veranschaulichen. Die erforderlichen Mittel sind vom Stadtrat bereits genehmigt, so daß Mannheim bis zum



Das Mannheimer Nationaltheater in der Gestalt durch Lorenzo Quaglio (1778).

Mai nächsten Jahres um einen beachtlichen Kulturakt reicher sein wird.

Die Mannheimer Kunsthalle erhält für die Überlassung von acht bedeutenden Gemälden an eine große Pariser Ausstellung den Betrag von 25 000 DM, wodurch eine Ergänzung der Bildergalerie möglich wurde. Ein Blumenstück von Emil Nolde und ein Werk von Theodor Alt konnten angeschafft werden. So hat auch die Kunsthalle gezeigt, daß sie nicht im Althergebrachten bleibt, sondern am lebendigen Austausch der Kulturgüter teilnimmt. Die Bestrebungen der Stadt auf diesem Gebiet sind trotz aller Einschränkungen finanzieller Art wieder in beachtenswertem Maß lebendig geworden. Sie werden ihre Krönung im Neubau des Nationaltheaters, der Mannheimer Schillerbühne alter Tradition, finden. Wilhelm Nagel.

Kaiserstühler Weinfest in Endingen

In der alten Weinstadt Endingen mit ihren monumentalsten Bauten, die den Marktplatz säumen, mit ihren idyllischen Winkeln und malerischen Brunnen begehrt der Kaiserstuhl in den Tagen vom 8. bis 10. September das Weinfest 1951. Als geschlossenes Wirtschaftsgebiet vereinigt er sich zu einer gemeinsamen Feier. Diese schließt nicht nur ein arbeitsreiches Jahr ab, sondern gilt zugleich der Huldigung des Kaiserstühler Weines, der Ehrung der Winzerinnen und Winzer und der Würdigung ihrer Mühen während langer Monate. Mit dem Weinbau steht und fällt die Wirtschaft des Kaiserstuhls. Kein anderes Weinbaugebiet Badens besitzt nämlich einen so ausgedehnten Weinbau wie der Kaiserstuhl; in den anderen größeren Weinbaugebieten des Landes ist die Rebfläche, verglichen mit der gesamten genutzten Fläche, bedeutend kleiner.

Am Sonntag, den 9. September, findet eine Ehrung der Winzerinnen und Winzer statt, die das 75. Lebensjahr überschritten haben. In einer Feierstunde auf dem Marktplatz werden sie — etwa 400 an der Zahl — von Landwirtschaftsminister Kirchgässner ausgezeichnet.

Im Anschluß an die Feierstunde auf dem Marktplatz wird sich ein imposanter Festzug durch die Straßen der Stadt bewegen. An ihm beteiligen sich fast alle weinbautreibenden Gemeinden des Kaiserstuhls mit Wagen und Gruppen, die die harte Arbeit des Winzers darstellen oder der Huldigung des Weines gelten. Dann konzentriert sich das festliche Treiben auf das ideal gelegene Gelände am Südausgang der Stadt, auf den Schützenwiesen und im Schützengarten. Ein Weindorf ist im Schützengarten eingerichtet. In ihm kommen die Kaiserstühler Spitzenweine zum Aus-

schank, Weine, die mit dem Gütezeichen des Badischen Weinbaugebietes ausgezeichnet sind. Es sind Erzeugnisse der Winzergenossenschaften Achkarren, Bickensohl, Bischoffingen, Ihringen, Oberbergen, Oberrotweil und der oberrheinischen Weingüter.

Die Abende der Festtage vereinigen die Besucher bei bester Unterhaltung im Festzelt. Einheimische und auswärtige Kräfte sorgen für gute Stimmung und Stunden frohen Erlebens. Sie finden ihren prachtvollen offiziellen Abschluß mit einem Brillantfeuerwerk am Montagabend. Zuvor aber wird ein denkwürdiger Akt die Besucher in seinen Bann ziehen: die Krönung der badischen Weinkönigin für 1952. Hierzu erscheint auch die Deutsche Weinkönigin. Aus allen Weinbaugebieten des badischen Landes kommen die Bewerberinnen. Die Wahl der badischen Weinkönigin obliegt einem neutralen Preisgericht. Ein solches wird auch für die Prämierung der Festwagen, die am Sonntag den Festzug bilden, eingesetzt. Endingen nennt man gern die Stadt der schönen Feste. Die gastfreundliche und weinfrohe Bevölkerung hat es immer prächtig verstanden, festlichen Anlässen einen würdigen Verlauf zu geben. Den äußeren Rahmen bestimmen die Schönheit der Landschaft und die reizvollen Sehenswürdigkeiten der Stadt. Das Festgelände wird flankiert von Rebrässen des Kaiserstuhls, die sich links und rechts erheben. Vom Süden grüßt der Katharinenberg auf das festliche Geschehen hernieder. Und wenn der Himmel durch sonniges Wetter den Festtagen seinen Segen verleiht, fehlt es an nichts mehr, um die Tage vom 8. bis 10. September zu einem Hochfest des Kaiserstühler Weines werden zu lassen.

Die Heimat des Dr. Faust

Das „Knittlinger Faustgespräch“, das die Arbeitsgemeinschaft nordbadischer Volkshochschulen und Universitäten am 8. und 9. September in Bretten veranstaltet, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Familienforschung über den berühmten Namen.

Fausts Name ist für die ganze Kulturwelt ein Begriff geworden und durch das größte Dichterverk deutscher Zunge in die Unsterblichkeit eingegangen. Angeregt durch Goethes Drama beschäftigten sich die Forscher eingehend mit der Gestalt des historischen Faust, und viel Papier wurde schon über dessen Namen, Art und Herkunft verschrieben.

Daß ein Mann, der sich Doktor Faust nannte, in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wirklich gelebt hat, steht außer Zweifel, denn es bezeugen eine ganze Reihe längst bekannter Quellen sein Dasein. Schon 1506 hat der gelehrte Abt Trithemius den Schwarzkünstler bezeichnenderweise in einer Schenke zu Gelnhausen getroffen, und im nächsten Jahr ist er in Würzburg und Kreuznach gewesen. Letztere Stadt — er amtierte hier als Schulmeister von Franz von Sickingens Gnaden — mußte Faust infolge seiner widernatürlichen Neigungen fluchtartig verlassen, und aus demselben Grund erhielt er Jahrzehnte später den Stadtverweis aus Nürnberg. So wanderte der Negromant, ein anderer Ahasver, ruhelos durch das ganze Heilige Römische Reich, oft als Schwarzkünstler, meist aber als Astrologe. Diese Kunst stand zu damaliger Zeit in hohem Ansehen und war, wohl auch die Brücke, die den Faust nach Wittenberg führte. Hier verkehrte er einige Zeit im Hause Melanchthons, der in ihm einen Landsmann aus Knittlingen sah. Leipzig und Erfurt machte er unsicher, der Rat zu Ingolstadt verbot dem Doktor aus Heidelberg die Stadt, doch rühmte ihn zur selben Zeit der Prior Leib, der in Rebdorf bei Ingolstadt selbst war, als hervorragenden Kenner der Astrologie, der aus Helmsstadt

zu stammen vorgab. Geistliche Würdenträger wie der Bischof von Bamberg und der Abt von Maulbronn nahmen die Dienste des berühmten Mannes als Astrologen und Goldmacher in Anspruch, und zahlreich sind die Zeugnisse über seine Tätigkeit als Sterndeuter.

Nach 1539 hören die Nachrichten über Dr. Faust auf, und um diese Zeit soll der Erzähler nach dem unverständlichen Zeugnis der Zimmermanns Chronik in oder in der Nähe von Staufen im Breisgau verstorben sein. Heidelberg, Helmsstadt und Knittlingen werden von den wenigen zuständigen Quellen als Heimatorte des Dr. Faustus angegeben, wogegen die ältesten Ausgaben der Faustbücher die Grafenschaft Salzweil oder Anhalt als Geburtsort festlegen und das erste Volksbuch das Dorf Roda bei Weimar dafür in Anspruch nimmt. Mithin sind zwei Gruppen in Bezug auf die Herkunft Fausts zu unterscheiden: die südwestdeutsche, welcher die zeitgenössischen Quellen als Grundlage dienen, und die thüringisch-sächsische, von der die Volksbücher sprechen. Das älteste Buch dieser Art erschien 1533, also beinahe zwei Menschenalter nach Fausts Tod in Frankfurt. Der Autor hat anscheinend die Nachrichten zu seinem Werk aus Speyer bezogen und das kann ganz gut der Wahrheit entsprechen. Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß inzwischen die Faustgestalt bereits völlig zur Sage geworden war und diese den Schauplatz von Fausts Taten nach Wittenberg, Erfurt und Leipzig verlegt hatte. So konnte sehr wohl die Version Boden gewinnen, daß der Erzähler ein Kind der sächsischen Lande war.

Dieser Hypothese widersprechen allerdings die zeitgenössischen Quellen, welche außer Helmsstadt (das allerdings auch Helmsstedt gelesen werden kann) Heidelberg und Knittlingen, also Orte aus dem damaligen kurpfälzischen Raume als Herkunftsort des Dr. Faust nennen. Alle drei Gemeinden standen in

engem politischen Zusammenhang. Helmsstadt war wohl reichsritterschaftlich, aber die Herren des Ortes standen gerade damals im Einvernehmen mit der Pfalz und wären nahe daran, in diesem Land aufzugehen. Auch Knittlingen stand damals — was meist übersehen wird — als Maulbronnisches Städtchen unter dem Schirm der Kurpfalz und kam 1504 unter den Schutz von Württemberg. Erst nach der Säkularisation 1536 kam das Kloster Maulbronn unter württembergische Verwaltung, und Dr. Faust wäre, um 1480 geboren, im staatlichen Sinne Pfälzer gewesen. Helmsstadt sowohl wie Knittlingen hatten stets nahe Beziehungen zu Kurpfalz, und wer wollte es dem Schwarzkünstler verdenken, wenn er statt eines wenig bekannten kleinen Ortes Heidelberg, die glänzende Residenz der Pfalzgrafen bei Rhein, als Heimat angab, zumal die Herkunft aus der alten Universitätsstadt am Neckar ein günstiges Licht auf seine wissenschaftlichen Qualitäten werfen konnte. Weniger leicht ist die Bezeichnung Fausts als „Helmsstättler“ auszudeuten, denn es gibt zwei Orte dieses Namens: Helmsstadt bei Würzburg und Helmsstadt bei Sinheim, doch dürfte hier nur letzteres in Frage kommen.

Als dritte Möglichkeit, die den größten Schein der Wahrscheinlichkeit für sich hat, bleibt das Zeugnis Philipp Melanchthons, der klar ausspricht: „Ich kannte einen mit Namen Faust aus Kundlingen, einem geringen Städtlein nahe bei meiner Heimat (Bretten)“. Daß Melanchthon den Faust schon von seiner Heimat aus kannte, ist nicht anzunehmen, da der Humanist diese bereits im Alter von zehn Jahren verließ. Doch stand er mit seinen Bretten Verwandten, vor allem mit seinem Bruder Jörg, in regem Briefwechsel; leider ist in den erhaltenen Bruchstücken keine Nachricht über den Doktor Faust zu finden.

So lagen die Dinge, bis es der Zufall wollte, daß sich in Muster- und Steuerregistern des Klosters Maulbronn eine Anzahl Einträge fanden, welche bewiesen, daß eine Familie Faust noch zu Lebzeiten ihres berühmtesten Vertreters in Knittlingen ansässig war. Der

erste bisher bekannte Faust hieß Michael und tritt in einer Musterliste des Jahres 1521 auf. Es ist wohl ein älterer Mann gewesen, denn in der Musterliste von 1523 kommt er nicht mehr vor, was also um diese Zeit bereits nicht mehr wehrpflichtig oder verstorben. Er könnte mithin ein Bruder oder Vetter des Schwarzkünstlers gewesen sein. Als Sohn dieses Michael ist möglicherweise ein Konrad Faust anzusehen, der ebenfalls 1523 als wehrpflichtig bezeugt ist. Ein weiterer Vertreter der Sippe, der sogar den Vornamen des Doktors, Georg, trägt, erscheint in der Türkensteuerliste des Jahres 1545 als Weingärtnerknecht auf dem Eltingerhof.

Freilich sind diese Nachweise recht spärlich und nennen nur die Namen; über die soziale Stellung erfahren wir mit Ausnahme des Weingärtnerknechtes Jörg nichts. Anzeichen wären die Knittlinger Faust günstigstenfalls Kleinbauern und Handwerker, wahrscheinlich aber Tagelöhner wie der erwähnte Jörg, denn bis jetzt ist in den Akten keinerlei Grundbesitz gefunden worden.

Wenn man einer mündlichen Knittlinger Überlieferung glauben darf, dann war Faust ein uneheliches Kind. Seine Mutter soll eine Gelack gewesen sein, eine Familie, die seit 1500 in Knittlingen nachweisbar ist, einige recht bedeutende Männer hervorgebracht hat und heute noch am Orte blüht. Diese Überlieferung würde das Zwielficht, das Dr. Faust um seine Person und Abstammung geflüstert verbreitete, begründlich machen, denn uneheliche Herkunft galt zu diesen Zeiten nicht nur als rein gesellschaftlicher Makel, sondern barg auch eine wesentliche Rechtsminderung in sich.

Wenn auch diese Feststellungen noch nicht endgültig den Geburtsort des Doktor Faust festlegen — das dürfte einwandfrei kaum möglich sein — so gewinnt die Tatsache, daß eine Sippe Faust zu Lebzeiten des Goetheschen Helden in Knittlingen saß, zusammen mit dem Zeugnis Melanchthons immerhin so viel Gewicht, daß die Herkunft des Schwarzkünstlers aus diesem Städtchen anzunehmen ist.